

Ein Recht auf Geschwister?



Die noch unter Mao Tse-tung initiierte und unter Deng Xiaoping 1979 verbindlich eingeführte Ein-Kind-Politik zählt zu den am heftigsten debattierten Politikmodellen des 20. Jahrhunderts. Den einen versprach sie die Rettung vor der drohenden Überbevölkerung des Planeten. Für andere war sie ein besonders frauenfeindlicher Auswuchs totalitärer Politik. Bis heute dauert die Diskussion über das Für und Wider der Ein-Kind-Politik nicht zuletzt in jeder einzelnen chinesischen Familie an.

Ältere, in der Großfamilie aufgewachsene Chinesen schimpfen auf ihre verwöhnten Einzel-Enkel. Mütter klagen über die »kleinen Prinzen«, die ihnen Hilfe bei der Hausarbeit versagen. Doch die Diskussion hat sich im Allgemeinen zurück in die Privatsphäre verlagert. Die Ein-Kind-Frage wird nicht mehr als Streit um die richtige Linie der KP interpretiert, sondern als eine individuelle Entscheidung. Dahinter verbirgt sich ein langsamer, aber stetiger Politikwechsel. Die alte, diktatorische Ein-Kind-Politik der KP ist heute ein Auslaufmodell.

Tatsächlich geht der Trend wieder zurück zu mehr Geschwisterpaaren. 60 Prozent aller Chinesen wünschen sich heute zwei Kinder, darunter viele Einzelkinder, die jetzt ins heiratsfähige Alter kommen.¹ Nach den gültigen Regeln der Geburtenkontrolle dürfen sie ganz legal zwei Kinder haben, vorausgesetzt sie heiraten ein anderes Einzelkind.

»China hat keine Ein-Kind-Politik mehr«, erklärte Zhang Weiqing, Minister für Bevölkerungsentwicklung und Geburtenplanung, bei der Vorstellung eines neuen 5-Jahres-Programms für die Geburtenkontrolle im Januar 2007. Zwar leben heute ungezählte Frauen in China, die sich aufgrund der Ein-Kind-Politik einer Zwangsabtreibung oder Zwangssterilisation unterziehen mussten. Doch widerlegt die gesellschaftliche Realität längst alle totalitären geburtenplanerischen Utopien, die in der KP einst an die Ein-Kind-Politik geknüpft wurden. In Wirklichkeit leben heute in China rund 100 Millionen Einzelkinder. Viele von ihnen sind schon Erwachsene. Zwischen 1981 und 2006 stellten sie genau 18,86 Prozent der 530 Millionen Neugeborenen.² Die große Mehrheit lebt also mit Geschwistern. Von einer Ein-Kind-Gesellschaft kann keine Rede sein.

Für die Mehrheit der Bevölkerung – 53 Prozent – ist es erlaubt, ein zweites Kind zu haben, wenn das erste Kind der Eltern ein Mädchen ist. Diese Regelung gilt für die Landbevölkerung, damit ein zweitgeborener Junge den Familienstammbaum absichern kann. Weitere zehn Prozent der Familien dürfen unabhängig vom Geschlecht zwei Kinder haben, weil es sich um eine Eheschließung zwischen vormals Geschiedenen oder um andere Ausnahmefälle handelt. Für ethnische Minderheiten wie Uiguren oder Tibeter gelten allgemein weniger Restriktionen. Bleibt nur ein Drittel aller Familien, für die die Regeln der Ein-Kind-Politik gelten.

Entsprechend ist der streng patriarchalische Verkündungston, mit dem die Ein-Kind-Politik einst eingeführt wurde, einem moderaten sozialpolitischen Diskurs gewichen. Jungen Müttern will die KP das Kinderkriegen nicht mehr per Gesetz verbieten. Stattdessen wird ihnen

vom Staat heute nur noch »empfohlen«, nicht mehr als ein Kind zu gebären. Im Falle weiterer Kinder droht die KP nicht mehr mit Strafe, sondern verlangt stattdessen eine »Sozialgebühr«, die laut offizieller Darstellung den Kosten entspreche, die der Gesellschaft durch das zusätzliche Kind entstünden. Die Gebühr ist nach Einkommen gestaffelt. Armen Bauern kann sie ganz erlassen werden.

Zu einer gemäßigten Geburtenkontrolle zählt auch das Versprechen der Partei, alle Eltern und ihre Kinder gleich zu behandeln – unabhängig davon, wieviele Geschwister sie haben. Früher mussten Eltern und Kinder in der Regel über Jahre büßen, wenn sie den Vorschriften der Geburtenkontrolle nicht genügt hatten. Mutter oder Vater verloren ihren Job im Staatsbetrieb. Den Kindern wurden gleiche Ausbildungschancen versagt. Nun aber soll dem zusätzlichen Kind mit der »Sozialgebühr« als Buße genüge getan sein. Das zumindest verheißt die Pekinger Regierungstheorie.

Doch was die Partei in Peking als vorbildlich erklärt, hat heute nicht mehr die Maßgeblichkeit wie zu Zeiten Maos. So sollen zwar die viel beklagten Auswüchse der Ein-Kind-Politik – vor allem Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen – nach Angaben der Regierung der Vergangenheit angehören. Nur spielen die Behörden vor Ort nicht überall mit. Das belegten zuletzt die Recherchen des blinden Menschenrechtlers Chen Guangcheng. Der 34-jährige Anwalt deckte in seiner Heimatprovinz Shandong Geburtskontrollpraktiken auf, bei denen sogar bei hochschwangeren Frauen noch Abtreibungen durchgeführt wurden – in Einzelfällen nur wenige Tage vor der Niederkunft. Auch berichtete Chen von Zwangssterilisationen bei Müttern von Einzelkindern. Lokale Parteibosse hätten auf diese Art ihre Geburtsstatistiken frisiert, um ihre Karriere zu begünstigen.

Chens Nachforschungen fanden weltweit Beachtung. Sie schienen den oft gehegten Verdacht zu bestätigen, dass sich Pekings Geburtenpolitik trotz aller guten Vorsätze nach wie vor zum Missbrauch eignet. So zeigte sich der zuständige Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im März 2006 »tief beunruhigt über Berichte über erzwungene Abtreibungen und Sterilisationen [...], die im Zusammenhang mit der Ein-Kind-Politik stehen«³. Die Sorgen des UN-Ausschusses erhielten zusätzliches Gewicht, als Chen aufgrund seiner Enthüllungsarbeit verhaftet und in einem politischen Schauprozess im August 2006 zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Chens Verurteilung legte die Vermutung nahe, dass parteiintern immer noch zweierlei Maß angelegt wird: Gegenüber einer urbanen Bevölkerung, die ohnehin

Von Georg Blume und Babak Tavassolie

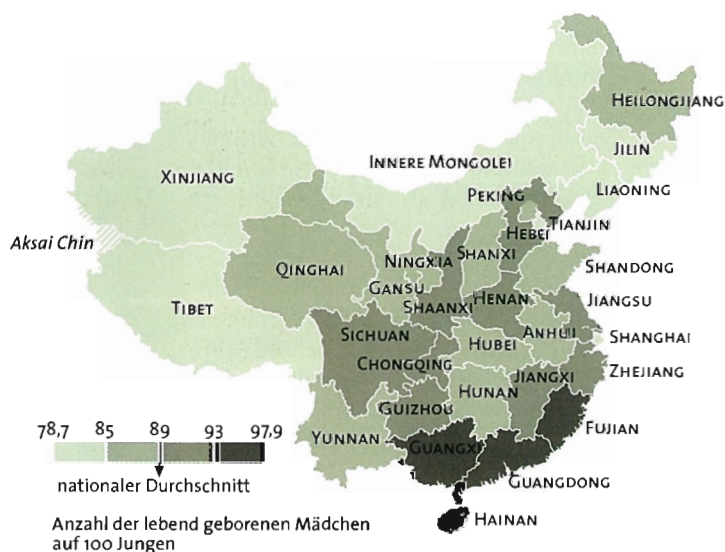
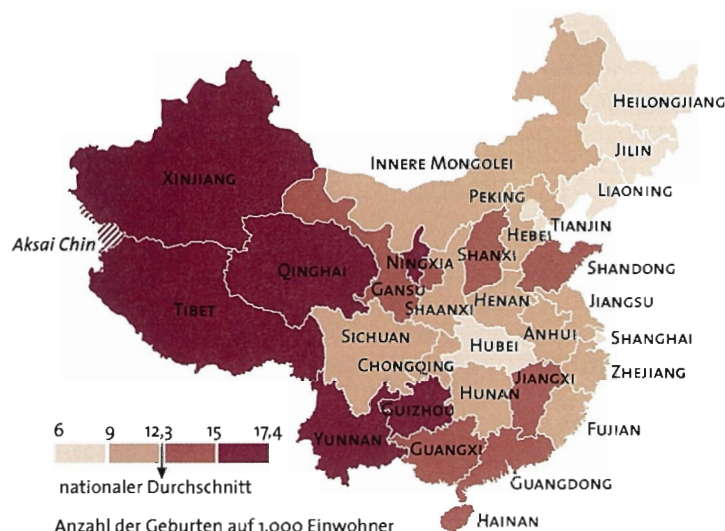
Georg Blume ist China-Korrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit* und der Tageszeitung *taz* mit Sitz in Peking und Autor (mit Chikako Yamamoto) der beiden Reportage-Bände »Chinesische Reise« und »Modell China. Im Reich der Reformen« (Wagenbach, Berlin 1999 und 2002). Babak Tavassolie ist Ostasienwissenschaftler und lebt zur Zeit als freier Autor in Peking.

1 | Pressekonferenz von Zhang Weiqing, Minister für Bevölkerungsentwicklung und Geburtenplanung der Volksrepublik China, am 19. Januar 2007 in Peking

2 | Staatliches Statistikbüro der VR China

3 | Integration of the Human Rights of Women and the Gender Perspective; United Nations Economic and Social Council, E/CN.4/2006/NGO/217; 7. März 2006 unter daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/116/26/PDF/G0611626.pdf?OpenElement

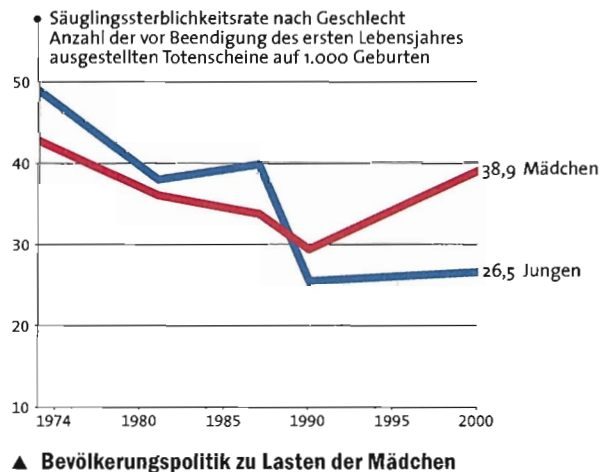
◀ Babys in einem Waisenhaus für Kinder mit Hasenscharten
FOTO (JM): KATHARINA HESSE



■ QUELLEN

Isabelle Attané, *Population et sociétés*, n° 416, Institut national des études démographiques, 2005 ■ *China Population Statistics 2004* ■ *China Statistical Yearbook 2005*.
GRAFIK: PHILIPPE REKACEWICZ

4 | Feng Wang und Andrew Mason: »Demographic Dividend and Prospects for Economic Development in China«. United Nations Expert Group Meeting on Social and Economic Implications of Changing Populations Age Structures; Department of Economic and Social Affairs, Mexico City, 31. August–2. September 2005



nicht mehr viele Kinder bevorzugt, und einer Landbevölkerung ohne Altersversorgung, deren Kinderwünsche sich oft nur mit Gewalt unterdrücken lassen.

Trotz solcher Probleme ist die Akzeptanz der Geburtenkontrolle in China hoch. Seit den Siebzigerjahren ist die Geburtenrate von 5,8 auf heute 1,8 Kinder pro Frau gefallen. Sie liegt damit im westeuropäischen und unter dem internationalen Durchschnitt von 2,1 Kindern pro Frau. Nach Regierungsangaben hat die Ein-Kind-Politik somit bis zu 400 Millionen Geburten verhindert – eine Zahl, die der Bevölkerungsgröße der USA und Mexikos entspricht. UN-Experten glauben jedoch, dass man das gleiche Ergebnis auch mit weniger rigiden Methoden hätte erreichen können. In einer Studie aus dem Jahr 2005 weisen sie auf die demographischen Selbstregulierungskräfte reicher werdender Länder hin.⁴ Dazu zählten ein steigendes Heiratsalter der Frauen, das in China heute bei durchschnittlich 26 Jahren liegt, ebenso wie die frühere Aufklärung über Verhütungsmethoden.

Die möglicherweise größten Probleme der Ein-Kind-Politik aber liegen in der Zukunft: Bald wird selbst dem größten Volk der Welt die Gefahr der Überalterung mit großen Problemen beim Aufbau der Rentenversicherung drohen. Eine nicht weniger gefährliche Zeitbombe ist das große Ungleichgewicht der Geschlechter in China. Besonders auf dem Land hat die Geburtenkontrolle samt ihrer modernen Technik dazu geführt, dass viele weibliche Föten illegal abgetrieben werden. So werden heute in China auf 100 Mädchen 118 Jungen geboren. In manchen, besonders armen Regionen kommen auf 100 Mädchen sogar 135 Jungen. Der internationale Durchschnitt liegt bei 100 Mädchen zu 105 Jungen. Schon fragt die Tageszeitung *Beijing Youth Daily*: »Wer rettet 40 Millionen chinesische Junggesellen?« Denn bis 2020 soll es in China 40 Millionen mehr Männer als Frauen geben. Als Folge davon rechnen Soziologen mit einem dramatischen Anstieg von Prostitution und Kriminalität.

Die Partei hat daher eine neue Kampagne initiiert: »Mädchen sind genau so viel wert wie Jungen«, versprechen neue KP-Plakate. Zudem will die Regierung verstärkt für solche Eltern auf dem Land in die Tasche greifen, die nur Mädchen großgezogen haben. Sie bekommen ab sofort mit dem 60. Lebensjahr eine zusätzliche Rentenauszahlung von 600 Yuan (60 Euro) pro Elternteil.

»Das Geschlechterungleichgewicht entspricht der Realität des chinesischen Landlebens«, räumte Minister Zhang Weiqing ein und fügte hinzu: »Wir haben eine 2000-jährige Feudalgeschichte, in der Männer mehr als Frauen galten, in der die Männer den Familiennamen weiterführen und Kaiser werden konnten, während Frauen das nicht durften.«

Hat die Ein-Kind-Politik nun die Unterdrückungsgeschichte der Frauen in China fortgesetzt oder ihnen im Gegenteil geholfen, aus den feudalen Familienstrukturen ausubrechen? Die meisten chinesischen Frauen wissen darauf bis heute keine eindeutige Antwort, neigen aber eher zu der positiven Interpretation.